



Den sozialistischen Frauen zum Gruß.

Freundschaft, ihr Mütter!
Freundschaft, ihr Frauen!
Ihr sollt das Haus der Zukunft erbauen,
Ihr sollt die Jugend mürbe erziehen,
Ihr sollt, das Wissen und Frieden erlösen
in einer Welt der Not und Elend.
Wo einer dem andern in Freundschaft gleich,
Wo einer sich nicht für die Frauen,
Wo die Welt alle voll Hoffnung schenken.
Keine Welt ohne uns, keine Welt
sonst, sonst ist in unserer Welt,
Alle dem Sozialismus verbunden,
Sollen den Willen haben,
Mit uns das Haus der Zukunft zu bauen!
Freundschaft, ihr Mütter!
Freundschaft, ihr Frauen!

„Stimmfächer“ und Monat Mai.

Reisen des Recheners.

Das Stimmfächerfest, das in diesem Jahr auf den 23. fällt, wird fast ausnahmslos im Mai begangen. Obwohl das Osterfest in dem weiten Zeitraum von fünf Wochen hin- und hergeschoben, liegt dennoch die Osterferien so, daß kaum jemals ein nicht in den Mai fallendes Stimmfächerfest vorkommt. In den nächsten fünf Jahren dieses Jahrhunderts wird nur ein einziges Mal Stimmfächerfest nicht in den Mai fallen, nämlich im Jahre 1943, das überhaupt den spätestmöglichen Ostertermin am 26. April und damit ein Stimmfächerfest am 2. Juni bringen wird. Während der Osterferien müssen dem 22. April und 25. April hinreichend, bewegt sich der Stimmfächerfesttermin von Termin des 30. April und 3. Juni. Einem Stimmfächerfest am letzten Tage des April hat es seit dem Jahre 1818, also seit 113 Jahren, nicht mehr gegeben, und es werden sogar noch volle 66 Jahre vergehen, bis sich dieselbe Konstellation wieder ergibt. Der früheste Termin, den die nächste Generation einmal erleben wird und bestimmt nicht wieder erleben wird, war der Stimmfächerfest des Jahres 1918, der auf den 1. Mai fiel. Nicht wird uns in diesem Jahrhundert am 2. Mai kommen, und zwar im Jahre 1951, am 2. Mai Stimmfächerfest befeuert.

Sollte Ostern auf die zweite Aprilwoche festfallen, was es geplant ist, so würde der Stimmfächerfesttermin stets in die Zeit zwischen dem 11. und 24. Mai fallen.

Studenten, aufpasst!

Der Rektor der Universität hat das Bogen den politischen Parteien innerhalb der Universität verboten. Der Antrag auf dieser Hochschule ist darin zu finden, daß Studenten einer bestimmten politischen Richtung in voller „Uniform“ die Hörsäle besetzt haben.
Darauf aber keine Aufregung, der Rektor der Universität heißt nämlich Brügge kann, die Universität gesehen. In Halle ist das nicht nötig...

Die Volkshochschule im Juni.

Paul Scheeb, Leiter der Volkshochschule, hat am 22. Juni, 23. Juni, 24. Juni, über die Erziehungsfragen der Gegenwart gesprochen. Mit dem Thema „Die Möglichkeit einer neuen Kultur“ wird Dr. Hans Hinder (Halle) in die Weiterbildung Rud. Maria Holzapfels einführen. Der Dozent Otto Müller (Wien) vom Institut für Psychoanalyse in Berlin behandelt das Thema „Schicksal und Charakter“ (eine individualpsychologische Analyse) am 6. Juni. Mit der Frage der „Bedeutung der Jugendbewegung in der gegenwärtigen Kulturkritik“ wird sich Dr. Klaus Sanger an einem Abend befassen.
Die Sommerferien nach Sommerfest findet am Sonntag, den 22. Juni, statt. Die Teilnehmergebühr beträgt für Fahrt, Beiträge und sämtliche Befähigungen 4,80 Mk. Karten zu allen Veranstaltungen sind in sämtlichen Verkaufsstellen der Volkshochschule zu haben.

Haben die Elternbeiratswahlen noch einen Sinn?

Richtig ist es, so zu fragen: „Gatten die Elternbeiratswahlen schon einen Sinn?“ Nun, der Sinn war da und ist da, aber wobei die Beiratschaft noch die Elternschaft hat ihn zu erfüllen vermocht. Ausnahmen, die in Stadt und Land festzustellen sind, bestätigen die Regel. Da bis heute kein Reichsschulgesetz zustande gekommen ist, so gelten in Preußen noch die alten Schulgesetze. Ihr wesentlichster Inhalt ist die

professionelle Abkämpfung der Volksschule. Diese Tatsache ist den Elternbeiräten zum Verständnis geworden. Gehörlos dabei hat natürlich die politische Verküpfung der Beiratschaft. An ihr nahm besonders die Mütter Anteil. Und so ist das zugrätige Scholagnot, „Christlich-Unpolitisch“ geworden. Klaffen-bezugte Sozialdemokraten haben mit dieser Parole nichts zu tun.

Wenn Konrad Hänisch feinerzeit geahnt hätte, daß das Reichsschulgesetz noch 1930 den Schluß aller Berechtigten schließt, dann hätte er die „Berechtigten Bestimmungen für die Elternbeiräte an den preussischen Schulen“ sicher anders formuliert. Trotzdem waren sie damals gegenüber den bereits vorhandenen Vorschriften über die Ernennung von Elternbeiräten an den höheren Schulen (nur sie kamen in Frage) ein großer Fortschritt. Heute müssen wir erkennen, daß

einzelne Schulverbände, wie z. B. die Schützlinge, der inneren Entwicklung der Volksschulen und der damit zusammenhängenden äußeren Gestaltung dienlicher gewesen wäre. Jetzt steht es so, daß nur Beratung, aber keine bestimmende Beschlußfassung möglich ist. Damit wird festgehalten, daß ein Elternbeirat eigentlich überflüssig ist. Das erklärt die Zustlosigkeit der Wahlen, nur daß die kirchliche Seite sie als

Barometer für die noch vorhandene Gunst im Elternland benutzt.

Eines solchen Barometers bedurften bisher die Sammelstellen (weltliche) nicht, wenigstens nicht in Halle. Deshalb hatten feine Wahlen im amtlichen Sinne. Klassenvereine, die in einfacher Form gebildet wurden, rekrutierten die Elternbeiräte. Enge Verbindungen zwischen ihnen und der Beiratschaft war selbstverständlich. Soweit als irgendmöglich trug der Lehrkörper den Wünschen und Beschließen der Elternbeiräte Rechnung, und umgekehrt erfuhr man die Wünsche der Lehrer eifrigste Förderung der Eltern.

In diesem Jahre jedoch bemüht sich die SPD, darum, rekrutieren die Elternbeiräte. Enge Verbindungen zwischen ihnen und der Beiratschaft war selbstverständlich. Soweit als irgendmöglich trug der Lehrkörper den Wünschen und Beschließen der Elternbeiräte Rechnung, und umgekehrt erfuhr man die Wünsche der Lehrer eifrigste Förderung der Eltern.

Sie will, daß der Schule gebiert wird! Und darum gilt es, ihrer Liste zu helfen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln. Gleichzeitig ist die freie Schulleistungsliste, auch dort aufzutreiben, wo die arbeitende Bevölkerung noch keinen Sammelpunkt für ihre Schulpolitik hat. Da die Wahlen am 22. Juni stattfinden, so müssen die Kandidatenlisten allerparteilich sein Tage vorher beim Schulleiter eingereicht werden. Falls mehr als 50 Kinder in der Schule sind, werden mindestens 20 Unterschriften verlangt, sonst genügen 10. Weitere Unterschriften erteilen gern die Leiter der weltlichen Schulen Nord und Süd in Halle.

Vom schmutzigen Rod

Das „Reinigen“ in der SPD, geht wieder los - Nur die „Vertreter“ werden „grundständig“ ausgeschlossen, bei denen man es restieren kann

Das „Reinigen der Partei“ geht wieder los. Im halleischen Volkskammerpapier steht unter dieser liebeschrift, daß der kommunistische Stadtrat und Gewerkschaftsangehörte W. H. H. in Eisenburg „hinweggeräumt“ worden ist. Begründet wird dieser Ausschluß mit „Reinigung“ wegen Partei- und Arbeiterverrat. Ebenfalls in diesen Tagen eine junge Metallarbeiterin aus der SPD hinausgeräumt. Es handelt sich dabei um Martha Brandt aus Halle. Sie ist eine junge Arbeiterin, die sich für die SPD interessiert hat und einmal einen „Reinigung“ in der SPD hat. Sie ist eine junge Arbeiterin, die sich für die SPD interessiert hat und einmal einen „Reinigung“ in der SPD hat. Sie ist eine junge Arbeiterin, die sich für die SPD interessiert hat und einmal einen „Reinigung“ in der SPD hat.

ein Zusammenstoß der Arbeiterklasse zu verhindern. Nach Halle zurückgekehrt, hat dann als Folge dieser Verurteilung Martha Brandt sich klar und eindeutig auf den Boden der freien Gewerkschaftlicher Arbeit gestellt. Sie hat auf einer gewerkschaftlichen Seite für den Betriebsrat kandidiert. Damit war ihr „Vertrat“ an der Arbeiterfront erwiesen, sie wurde aus der SPD geworfen. Welche Arbeiter die gleichen Anzeichen sie darum und haben für sich selbst gesehen.
Interessant ist dabei die Unterlegung der SPD, noch anderen „Reinigen“, die sich nach den Wahlen und der bei den Ausschüssen entwickelten Grundstimmung für die Arbeiter und darum „weggeräumt“ werden müßten. Bekanntlich hat die Delegationsleitung der SPD, einer Reihe von unpolitischen Parteimitgliedern eine Erklärung vorgelegt, die sie glatt unterschrieben haben. Diese Erklärungen sind

Harte Aussagen an die SPD.

Es kommt in ihnen unter anderem zum Ausdruck, daß sie (die Unterzeichner) erkannt haben, daß die Beschüsse der SPD, die zur beschleunigten Spaltung der Gewerkschaften treiben, ein Verbrechen an der Arbeiterklasse sind. Trotzdem man die betreffenden Parteimitglieder kennt, sind sie bis heute noch nicht ausgeschlossen. An diese Worte man sich nicht so leicht heran wie an Martha Brandt. Man kann verstehen, daß es für die SPD, einen Verzicht bedeutet, wenn sie zum Beispiel den Unterzeichner einer solchen Erklärung, K. H. H. von der Firma Weis und Söhne nicht ausschließen kann mit seinem Ausschluß gehen hier die Verbindung mit der SPD, ganz verloren. Wenn Karl Seppel bei der Firma Hoopengier, Reinhardt, Weber und andere mehr.
Es gibt also Unterschiede in der Reinigung. Grundbesitzer werden nur da gefordert und angewandt, wo man sich das leisten kann.

Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Beirat Halle-Verwaltung.

Arbeiterkern, Gewerkschaften und Parteigenossen von Halle.

Nachdem die Konstituierung des Beirats Halle zu einem selbständigen Bezirksverband erfolgt ist, legen wir dort darauf, unsere Aufmerksamkeit im Einzelnen mit der Partei und den Gewerkschaften zu teilen. Die Zusammenfassung der Arbeiterkern in einer Bewegung fördert die Bestrebungen der sozialistischen Arbeiterkraft. Gilt es doch vor allem unsere Erziehungsmassnahmen schon im frühesten Alter anzuwenden, um der Gemeinschaftserziehung den Weg zu ebnen.
Neben der Sozialistischen Arbeiterjugend soll die Arbeiterkernbewegung Zeitsarbeit, d. h. vorbereitende Arbeit für die Partei und Gewerkschaft leisten. Das Heftchenchen liefert eine gute, gemeinschafts-fördernde und bildende Grundlage für das Arbeiterkern.
Es dürfte sich als sehr nützlich erweisen, wenn die Arbeiterkern ihre Kinder der Bewegung zu-leiten. In erster Linie sollen Kinder im Alter von 10 bis 12 Jahren zusammengefaßt werden, um einer späteren weiteren Erziehung jüngerer Tätigkeiten den Weg zu ebnen. Wir bitten alle Interessenten, ihre Ansichten mit Angabe der Beteiligungszahl beim Jugendsekretariat (Kurt Brenner, Halle, Post 4244) mitzuteilen, damit weitere Arbeiten in Angriff genommen werden können.
Beizugsantrag für Kinderfreundebeirat.
J. A. Curt Brenner.

Deute Reichsbannerverammlung!

Zur Klärung der in letzter Zeit aufgetretenen Differenzen zwischen der Ortsgruppe Halle des Reichsbanners und der Bundesleitung findet heute abend 8 Uhr im „Rheinischen Engelhardt“ eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Reichstagsabgeordneter Max Seeböck (Widau) spricht über das Thema „Welche Aufgaben hat eine republikanische Schützorganisation?“. Reichstagsabgeordneter Max Seeböck (Widau) spricht über das Thema „Welche Aufgaben hat eine republikanische Schützorganisation?“. Reichstagsabgeordneter Max Seeböck (Widau) spricht über das Thema „Welche Aufgaben hat eine republikanische Schützorganisation?“.

Uns geht folgende Erklärung mit dem Er-lauden am Abend zu:

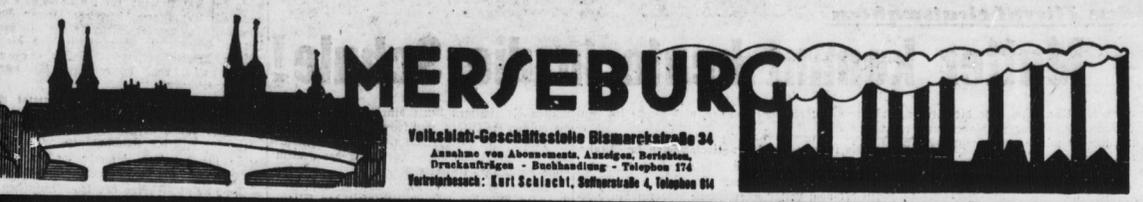
In dem Artikel von Herrn Loops in der ge-richtigen Nummer des „Volksblatt“ ist berichtet worden, daß „ein führendes Demokratienmitglied“ Ausführungen des Reichstages, als außerordentlich sachlich gewertet“ bezeichnet habe. Das ist falsch. Richtig ist, daß in meinen einzigen Ausführungen vor der Einbringung der Resolution ich den Vortrag, abgesehen von einer groß verlesenen Wendung gegen meine demokratischen Parteifreunde, als nicht verlegend in der Form bezeichnet habe. In der Sache bin ich dagegen den Aus-führungen auf das schärfste entgegengetreten und habe auf die verhängnisvollen Folgen des von Vortragenden zunächst nur angebotenen Weges hin-gewiesen. Ferner ist zu betonen, daß die Ent-faltung von Rannabach, Müller zwar nicht ein-gedrückt, noch aber im Stadium ausdrücklich von ihm als eigen aufgenommen ist.
Dr. Schmeer.

Sozialdemokratische Konsummittellieder.

Der Vorstand des Allgemeinen Konsumvereins von Halle und Umgebung hat für Mittwoch, den 28. Mai, eine Mitgliederbesammung mit Sitzung als Referenten einberufen. Nähere Mitgliederbestimmungen sind an dieser Bestimmung zu entnehmen.
Es werden am Anfang des kommenden Monats nach dem Mitteldeutschen Verbandstag in Goslar von uns zu einer besonderen Veranstaltung eingeladen.
Die Fraktionsleitung.

Reinigung der Partei. Die Zahlung der Unzulassen und Unfallrenten für Juni findet beim Postamt Eisenstraße statt: am 30. Mai für die Nr. 1 bis 5500, am 31. Mai für die Nr. 5501 bis 5510. In Halle-Verwaltung werden die Unzulassen und Unfallrenten am 31. Mai gezahlt.

Schmeckt Ihnen wirklich die bisher gerauchte Zigarette?
Oder glauben Sie, dass für 4 Pfennige keine bessere Qualität herzustellen sei? Probieren Sie gelegentlich Schwarz-Weiss und Sie werden verstehen, dass ihr Millionen Raucher unverbrüchliche Treue wahren.
Schwarz-Weiss 48
UNIVERSITÄTS- UND LANDESBIBLIOTHEK SACHSEN-ANHALT
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219300528-19/fragment/page=0003



Volkshilf-Geschäftsstelle Bismarckstraße 34
Anstalt von Abwermann, Ausmager, Berlin
Druck- und Buchbinderei, Telefon 174
Vertriebsdruck: Karl Schlicht, Sanktstraße 4, Telefon 614

Endlich freie Aertzewahl in der Allgemeinen Ortskrankenkasse

Änderung in der Wahlordnung - Fritz Wenschek nimmt Abschied

Die gestrige Sitzung des Aufsichtsausschusses der Allgemeinen Ortskrankenkasse Merseburg brachte in Bezug auf den

Wahlrecht

ein sehr trübes Bild. Das Wunschziel ist es auch, daß sich der Vorstand nach Maßgabe des Beschlusses der Versammlung einrichten und auf die mit in folgendem noch zu sprechen kommen.

Die äußerst schwierige Wirtschaftslage hat es mit sich gebracht, daß im vergangenen Geschäftsjahre die Kasse schwer zu kämpfen hatte. Während die Einnahmen sich durch die Arbeitslosigkeit ungemein gesteigert hatten, waren die Beiträge aus denselben Gründen stark zurückgegangen. Dagegen, daß durch die Änderung vom 12. Oktober 1929 der Arbeitslosenversicherung ein erheblicher Beitragsertrag einfließen wird, sind die 1000 Mitglieder nicht entlastet. Bei der

hohen Zahl der Arbeitslosen

ist es bemerkenswert, daß die durchschnittliche Mitgliederzahl für das Jahr 1929: 8049 (mit 1000 in Klammern das Vorjahr darunter: 7063), und zwar 5044 (5050) männliche und 3005 (2915) weibliche Mitglieder betrug. Die Einnahmen betragen für 1929 insgesamt 662 074,73 RM, der Bestand vom 1. Januar 1929 104 495,89 RM, die Ausgaben 715 315,69 RM, der Bestand am Jahresende 51 254,43 RM, gegen das Vorjahr 104 495,89 RM.

Ungemein angeschwollen gegen das Vorjahr sind die Leistungskosten der Krankenkasse. So wuchsen gegen das Jahr 1928 für Krankenbehandlung durch approbierte Ärzte um 35 000 RM, mehr angebracht werden. Für Arznei und sonstige Hilfsmittel entfiel ein Mehr von 21 000 RM, für Krankenhauspflüge 13 000 RM, für Krankengeld 24 000 RM, so daß

insgesamt rund 93 000 RM. Mehrkosten

vorhanden sind. Diese Summe wird sich um rund 10 000 RM weiter erhöhen, da erhebliche Rechnungen von Sachverständigen erst nach Rechnungslegung der Krankenkasse eingeleitet werden können. Angesichts der ungünstigen Wirtschaftslage und der damit verbundenen Gebührenerhöhung war auch die Einholung der Beiträge wiederum mit besonderen Schwierigkeiten verbunden. Das Zwangsbeitragsverfahren mußte in 415 Fällen eingeleitet werden. Strafzinsen wurden gegen 4 Schulden gestellt.

Bei der Krankenaufsicht mußten neben Verwarnungen in mehreren Fällen bewährlicher, welche auch Ordnungstrafen festgesetzt wurden.

110 Versicherte wurden bei 1591 Kontrollen vom Krankenkasse nicht getroffen.

Zur Rechtfertigung wurde den Versicherten 744 (456) erwerbsfähige Versicherte vorgelesen. Als letztes erwerbsfähig befunden wurden 883 männliche und 81 weibliche Mitglieder. An die Apotheken am Orte wurden 33 160,12 RM (16 496,58 RM), an die Apotheken auswärts 7542,01 RM (4889,36 RM) gezahlt. Die Entschädigung von Familienmitgliedern betrug sich auf 17 555,89 RM (15 451,98 RM). Für die Durchführung notwendig werdender Krankenhauspflege stehen den Versicherten und ihren Angehörigen das Werkzeuergesetz Krankenhausbau sowie die Kliniken und Krankenanstalten in Halle zur Verfügung. Es wurden in Krankenhäusern und Kliniken 637 Mitglieder und 15 169 Angehörige behandelt. Im Durchschnitt kostete ein solcher Fall bei den Mitgliedern 156 (137) RM und bei den Angehörigen 134 (112) RM.

An der Durchführung der Beiträge für Kinder und Erwachsene, insbesondere an den Kosten der Versicherungen nach Artorten und Schulungsheimen hat sich die Kasse durch Zahlung von Zuschüssen beteiligt. Durch Vermittlung des Wohlfahrtsamtes wurden drei Übernahmen und 42 Kinder untergebracht. Es wurden hierfür 2686 RM aufgewandt.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse Merseburg ist die einzige Ortskrankenkasse in Deutschland, bei der seit dem in der Inflationszeit entstandenen Arbeitslosigkeit immer noch

Wahlrecht ist. Die Kasse hat sich dadurch, daß sie eine Anzahl Ärzte fest anstellte. Da in den letzten Jahren einige von ihnen starben, wurden neue Angebote anstellen, doch wurden die vakanten Stellen nach behördlichen Bestimmungen nur vom hiesigen Kreisverein angenommen. Der Kreisverein, der sehr stark organisiert ist, lehnte dieses Ansuchen ab, weil er sich für die Kasse nicht interessiert. In den letzten Jahren und auch der Umstand, daß die jüngeren Ärzte nicht ganz das Interesse der Kasse zu wecken wußten, andererseits, daß auch der Kreisverein ein großes Interesse daran hatte, die Krankenversicherung in Merseburg zu befestigen, führte endlich zu Verhandlungen, die es mit sich brachte, daß

endlich die freie Aertzewahl eingeführt werden kann. Die laufenden Beiträge sind mit den angefallenen Kosten werden mit Einräumung der Kosten gelöst, ohne daß die Interessen irgendwelcher Beteiligten geschädigt werden. Der Vertrag lautet für die Kasse äußerst günstig. Der Vorstand liegt in der Aufsichtsausschuss keine Zweifel darüber, daß, wenn der Vertrag nicht zustande käme, entweder die Senkung der Leistungen oder die Erhöhung der Beiträge bei den ungeliebten (schwierigen) Verhältnissen nicht zu umgehen sei. Wenn der Vertrag vom Kreisverein in dieser entgegenkommenden Weise für die Kasse an-

Auch eine Berichtigung

Zur Berichtigung des Herrn Paul Häbner wird ausgeschrieben, daß das Zeugnis, das Häbner bezüglich seines Verhältnisses zum Dienstleistungsamt sich selbst ausstellt, gar nicht anders sein könnte, als es ist. Die Angaben des Häbner sind nicht und stellt sich selbst Willkür aus. Der „engste Kontakt mit den Funktionären im Eigenbäuerverband“ befragt nur, daß er als Jahreshilfsleiter die jeweiligen kommunikativen Beziehungen des Arbeiter-Gewerkschaftsrates befestigen, daß im „Kollektiv“ die Wahrheit geschrieben wurde.

Das laufige in der Berichtigung teilt Häbner aber unter Ziffer 4, 5, 6, 7 und 8 mit. Er versichert, sich reinigend von den Geschäften, die er mit seinem Hund im Reichsbank-Kontumaz gemacht hat und noch heute macht. Die einzigen SPD-Kontakte, die damals noch der Verwaltung des Konsumvereins angehört und im Jahre 1929

genommen wird, so deshalb, weil es auch für ihn eine Freistellung bedeutet. Die Freiheit des Aufsichtsausschusses stimmte dem Vertrag zu, doch wurden auch schwere Bedenken dagegen laut, daß der Vertrag zu unangenehm sei. Mit Recht wurde jedoch darauf hingewiesen, daß Verhältnisse, wie 1923, niemals wieder eintreten können, da die Arbeitslosigkeit heute zeitweilig gebunden ist.

Die Veränderung der Wahlordnung.

Das ist insoweit bemerkenswert, als daß in Zukunft wirtschaftliche Verbände (Sondervereine) nicht einzeln kommen. Doch müssen, um keine Gruppenbildung zu vermeiden, die Besten 100 Unterschriften, die Arbeitgeber 30 Unterschriften aufbringen.

Zum Schluß der Sitzung wies der Vorsitzende der Kasse, Kieneker, darauf hin, daß der Aufsichtsausschuss sich für die Kasse (Sondervereine) nicht einbringen kann. Die Kasse ist ein Bürgerliches Institut, das sich nicht für die Kasse (Sondervereine) einbringen kann. Die Kasse ist ein Bürgerliches Institut, das sich nicht für die Kasse (Sondervereine) einbringen kann.

Ständesamt. Geöffnet am Donnerstag (Simmetfest), dem 29. Mai 1930, von 11 bis 12 Uhr und zwar nur zur Annahme von Ständescheinen.

Werbefest der Volkshilfe Merseburg.

Der Volkshilfe Merseburg veranstaltet am Freitag, dem 30. Mai, abends 8 Uhr, in den Anlagen am oberen Hofplatz ein Werbefest. Es werden gemeinschaftliche Volks- und Landeskinder zum Vortrag gebracht. Die Veranstaltung besorgt die Werbung neuer Sängler für den Volkshilfe, damit diesem die Möglichkeit geboten wird, mit einem großen Chorwert bei dem nächsten Herbstkonzert vor der Öffentlichkeit zu treten. Die Werbeanstaltung am Freitagabend muß von der langgestreckten Arbeiterschaft weg besetzt werden.

Arbeiter-Wohlfahrt.

Der nächste Abend des Schulungslehrganges findet am Freitag, dem 30. Mai, abends 8 Uhr, im „Verein Christian“ statt. Am Donnerstag (Simmetfest) werden die Kinderfreunde eine größere Wanderung in die Kasse unternommen. Die Kinder treffen sich um 8 Uhr morgens am „Verein Christian“. Geld brauchen die Kinder zur Wanderung nicht mitzubringen. Erforderlich aber ist ein mit Brotiant gefüllter Rucksack.

Gemeindevertretung, werde hart!

Kommunale Erörterungen.

Richtig. Der Gemeindevorsteher gab in der letzten Vertreterversammlung bekannt, daß sich die Gemeinde Niederbuna bereit erklärt habe, den Separationsweg am Schindlerhofen kostenlos an die Arbeiter zu vergeben. Die Gemeinde habe die Verhältnisse zu tragen, den Weg bauseitig zu unterhalten und den Separationsinteressen die Benutzung des Weges zu gestatten. Die Übernahme wurde einstimmig beschlossen.

Weiter stand die Einführung der Pflichtarbeit für die angelernten Erwerbslosen in der hiesigen Kreisgruppe zur Debatte. Der Gemeindevorsteher gab bekannt, daß die jetzt bestehenden Unterstellungen bei Erlangung von Arbeit zurückgezogen werden müssen. Das sei aber schließlich eine Härte, bei der man vielleicht auch unmöglich. Nach § 19 der Arbeitslosenverordnung können die arbeitsfähigen Unterstellungsempfänger zu Gemeindearbeiten herangezogen werden, die ihnen die Unterbringung, Arbeit und haben (unter keinerlei Verpflichtungen der Gemeinde oder des Bezirksfürsorgeverbandes gegenüber). Die Kreisgruppe beharrte darauf, den Erwerbenden die Unterstellung zu ordnen, der Kasse, weil die Baukosten bei der Unterstellung wenig wirtschaftlich ausgefallen sind. Der Gemeindevorsteher bei der Unterstellung zu beschließen, daß die angelernten Erwerbslosen die Unterbringung der Kreisgruppe vornehmen. Es ist selbstverständlich, daß die arbeitsfähigen Unterstellungsempfänger durch räuberische Zwangsarbeit für die Arbeiter über die Kasse kommen. Der Gemeindevorsteher ist verpflichtet, daß die Arbeiterarbeiten ausgeführt werden bei tariflicher Entlohnung. Der frühere Kommunist Roman sprach sich gegen die Vorlage aus. Vertreter Kuntze erklärte, es sei erst und billig, daß die angelernten Erwerbslosen für die gegebenen Gelder auch Arbeit leisten. Der Antrag wurde mit 10 gegen 2 Stimmen angenommen. Der Gemeindevorsteher verlas einen vom Sitzungsbüro überreichten Antrag der letzten Erwerbslosenversammlung. Es war offensichtlich kommunalistischer Fälschung und hat der Unterstellung schon oft vorgelesen, nur daß diesmal der Erwerbslosenamt nicht gefordert hat, anerkannt zu werden, oder nicht in nächster Antrag nachgeholt wird. Der Gemeindevorsteher erklärte den Antrag für unzulässig. Eine Abstimmung fand nicht statt.

Als der Gemeindevorsteher ein Schreiben um Unterfertigung des Reichstages Publika (SPD) und ein Brief zur Zahlung vom Regierungspräsidenten vorlas, meckerten die Kommunisten sehr laut und frech dazwischen, daß die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird. Der Gemeindevorsteher kündigte an, daß bei Wiederholung derartige die Unterstellung zu erschüttern unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagen wird.

Ständige Gewerkschaften.

Die von den häufigsten Körperchaften zu Merseburg für das Rechnungsjahr 1930 beschlossene Erhöhung eines Zuschlages von 250 Prozent zur Gewerbesteuer bei bebauten Grundstücken, 250 Prozent zur Gewerbesteuer bei unbebauten Grundstücken, 750 Prozent zur Gewerbesteuer nach dem Ertrage, 1500 Prozent zur Gewerbesteuer nach der Lohnsumme, 20 Prozent Zuschlag für Spezialstellen-Betriebe sind von dem Bezirksaussschuß zu Merseburg und dem Oberpräsidenten genehmigt.

Wahlrecht. Mitgliederversammlung.

Am Sonntagabend fand im Hofhof zu Köthen eine Mitgliederversammlung statt. Als Referent war der Bundesoberrat Dr. Kauffold (Merseburg) erschienen, der einen sehr interessanten Vortrag über die Arbeiterbewegung hielt. Nach dem Referat wurde eine lebhaft Diskussion angesetzt. Einige sehr wichtige Angelegenheiten sind der Sozialpolitischen Beratungsstelle in Merseburg, der Ratshaus als Sachverständiger angehört, zur weiteren Beratung übergeben worden.

Öffentliche SPD-Berfassungen im Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Quers.

Die am Sonntag tagungsübende öffentliche Berfassung war, den Berfassungen entsprechend, gut besucht, trotzdem der Gemeindevorsteher, wie mitgeteilt wurde, die Schlußreden beantragt hatte, die angelegten Plakate abzurufen, was auch geschah. Als Referent war Parteisekretär Kämpf (Merseburg) erschienen, der über das Thema: „Kampf der Arbeiterbewegung“ sprach. Die Berfassung wurde durch den Kampf gegen den Sozialismus der Arbeiterbewegung“ sprach. Die Berfassung wurde durch den Kampf gegen den Sozialismus der Arbeiterbewegung“ sprach.

West.

Endlich war es dem Ortsverein gelungen, den Reichstagsabgeordneten Peters für eine öffentliche Berfassung zu gewinnen. So fand am Sonntagabend im Gemeindepark eine öffentliche Berfassung statt. War der Besuch auch nicht so groß, wie wie es in unserem Orte sonst geschah, so war die Berfassung dennoch sehr fruchtbar für die sozialistische Bewegung in unserem Bezirk. In einem geschäftigen Redebehalte Peters den Kampf der SPD in der Regierung und außerhalb der Regierung und sprach von den sozialistischen Forderungen, die aber nur erreicht werden können, wenn dem Proletariat sowohl wird, um was sich der Kampf der Arbeiterklasse dreht. In diesem Zusammenhang sprach der Referent besonders über die Nationalsozialisten, die eine große Gefahr für die arbeitende Klasse bedeuten. Ein heiter Beifall lobte den Referenten.

Niederb. u. S.

Die SPD hatte am Freitag zu einer öffentlichen Berfassung eingeladen. Die Berfassung fand im Hofhof zu Köthen statt und war sehr gut besucht. In der Diskussion wurde eine wichtige Abstimmung im Hinblick auf die Unterstellung der Arbeiter (Beitrag) war als Referent Bundesoberrat Brenner (Halle) erschienen. Der Referent behandelte die gegenwärtige Situation der Arbeiter, die sie zu dieser Situation geführt haben und die Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Regierung. In der Diskussion meckerte sich ein junger Mann, der der antichristlichen Kirche angehört, die Arbeiterbewegung. Er meinte, die Arbeiterbewegung sei ein gefährliches Element, das die Arbeiterbewegung zu zerstören. Die Arbeiterbewegung sei ein gefährliches Element, das die Arbeiterbewegung zu zerstören.

Ständige Gewerkschaften.

Die von den häufigsten Körperchaften zu Merseburg für das Rechnungsjahr 1930 beschlossene Erhöhung eines Zuschlages von 250 Prozent zur Gewerbesteuer bei bebauten Grundstücken, 250 Prozent zur Gewerbesteuer bei unbebauten Grundstücken, 750 Prozent zur Gewerbesteuer nach dem Ertrage, 1500 Prozent zur Gewerbesteuer nach der Lohnsumme, 20 Prozent Zuschlag für Spezialstellen-Betriebe sind von dem Bezirksaussschuß zu Merseburg und dem Oberpräsidenten genehmigt.

Öffentliche Berfassungen im Unterbezirk Merseburg-Querfurt.

Oberb. u. S. am Mittwoch, dem 28. Mai, 20 Uhr, im Hofhof; Referent: Reichstagsabgeordneter Peters (Halle).

Oberb. u. S. am Freitag, dem 30. Mai, 20 Uhr, im Hofhof; Referent: Gemeindevorsteher Peters (Halle).

West. am Sonntag, dem 31. Mai, 20 Uhr, im Hofhof; Referent: Reichstagsabgeordneter Peters (Halle).

West. am Sonntag, dem 31. Mai, 20 Uhr, im Hofhof; Referent: Reichstagsabgeordneter Peters (Halle).

West. am Sonntag, dem 31. Mai, 20 Uhr, im Hofhof; Referent: Reichstagsabgeordneter Peters (Halle).

